

**Haushaltsrede 2024 von
Bürgermeister Jonathan Berggötz
am 16. November 2023
im Weinbrennersaal, Haus des Gastes, Bad Dürkheim
- es gilt das gesprochene Wort-**

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
wer von Ihnen erinnert sich an den 25. Juli 2019?

Es war der Abend der konstituierenden Sitzung, an dem Sie für
Ihre Tätigkeit als Mitglied des Gemeinderats verpflichtet wur-
den.

Damals hatten wir schon viele Herausforderungen auf uns zu-
kommen sehen.

Aber von uns allen hat sicherlich niemand im Blick gehabt:

- die Corona-Pandemie und der daraus folgende Stillstand und
Einbruch im Tourismus
- der Angriff auf die Ukraine und die dadurch heftig gestiegenen
Energiepreise
- die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen
- kaum mehr planbare Kosten bei Bauprojekten
- die nun deutlich spürbare Verknappung von Fachpersonal in
allen Bereichen, die aufgrund des demographischen Wandels
weiter zunehmen wird!

- den Konflikt in Israel/Palästina, bei dem wir noch nicht wissen, was dieser für Auswirkungen auch für uns vor Ort haben wird.

Die einzelnen Auswirkungen spüren wir als Städte und Gemeinden, denn wir sind der Ort der Wahrheit, weil wir der Ort der Wirklichkeit sind“, wie unser Gemeindetagspräsident Steffen Jäger immer zitiert.

In unserer Gemeinde und als politische Vertreter erhalten wir zu politischen Beschlüssen direkte Rückmeldungen von den Einwohnern. Die zu Beginn genannten Auswirkungen spiegeln sich auch in unserem Haushalt für 2024 wider.

Wir alle haben in den vergangenen Jahren gemerkt: Egal, was wir glauben, wie die Welt morgen aussieht. Obwohl wir global gesehen nur als Randnotiz erscheinen mögen, ist es dennoch nicht egal, was wir in Bad Dürkheim leisten, was jeder Einzelne von uns leistet. Mit unserem Handeln, mit unseren Entscheidungen im Haushaltsplan 2024 stellen wir die Weichen und versuchen mit unseren Mitteln das Beste hier zum Wohl unserer Stadt und damit unserer Bürger zu leisten.

Heute wird der 5. und somit der letzte Haushalt in unserer aktuellen Gemeinderatsperiode eingebracht – übrigens auch der letzte für unseren Kämmerer Thomas Berninger.

Zum Haushalt:

Um Ihnen einen Überblick verschaffen zu können, enthält der Haushaltsplan dieses Jahr wieder eine Übersicht der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen und ergänzend eine Kurzzusammenfassung der geplanten Investitionen.

Der Ergebnishaushalt schließt 2024 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von rund 5,1 Mio. EUR ab. Diese Zahl muss aber unter Berücksichtigung der bereits genannten weltpolitischen Umstände relativiert werden.

Trotz dieses enormen Defizits haben wir jedoch mit größten Anstrengungen erreicht, dass kein Substanzverlust entsteht. Der Ergebnishaushalt kann mit über 530.000 EUR noch einen Zahlungsmittelüberschuss erreichen und somit eine Liquiditätsabnahme aus dem laufenden Betrieb vermeiden.

Wir rechnen, einschließlich der Investitionspauschale, durch höhere Kopfbeträge und einer um 125 Personen gestiegenen Einwohnerzahl mit über 1,5 Mio Euro mehr an Schlüsselzuweisungen als im Vorjahr.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer rechnen wir trotz der anhaltend schwierigen Zeit ebenfalls mit über 300.000 Euro mehr als 2023. Die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung sind hierbei bereits verarbeitet. Insgesamt erwarten wir 2024 etwas über 8,5 Mio. Euro an Einkommenssteuer.

Bei der Gewerbesteuer rechnen wir mit 5,2 Mio. Euro, 200 T Euro mehr als im Vorjahresansatz. Er wird von den aktuellen Veranlagungen auch in dieser Höhe bestätigt.

Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer wurden beibehalten und für uns ist klar, dass wir in diesem Jahr keine Veränderungen an dieser Stellschraube vornehmen werden.

Wir sind bei den Hebesätzen im Land Baden-Württemberg im oberen Drittel und dankbar, dass wir somit eine gewisse Größe an Erträgen haben, die wir unseren starken Unternehmern und unseren Bürgerinnen und Bürgern verdanken. Der Diskussion um die Höhe der Grundsteuer werden wir uns aber spätestens nach den Kommunalwahlen stellen müssen. Angesichts der Finanzierung der anstehenden Großprojekte müssen wir uns im Haushaltsjahr 2025 mit der Frage beschäftigen, ob eine Einkommensneutralität ausreicht.

Die Ansätze für Gebühren wurden den Gegebenheiten des Vorjahres angepasst und hochgerechnet. Eine Neukalkulation der Verwaltungsgebühr ist 2023 erarbeitet worden und wird demnächst im Gemeinderat vorgestellt. Die Bestattungsgebühren sollen 2024 ebenfalls nach oben angepasst werden. Die Finanzsituation zwingt uns, auch bei nur wenig spürbaren Einnahmen weiter an dem Thema dran zu bleiben und vielleicht müssen wir zukünftig über Parkgebühren in der Innenstadt diskutieren.

Die Thematik der Fremdenverkehrsbeiträge müssen wir nach den Vergleichen vor dem Verwaltungsgericht nochmals aufarbeiten. Die vom Verwaltungsgericht geforderte detaillierte Einzelbetrachtung jedes Betriebs in jedem Jahr muss unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten hinterfragt werden. Egal wie wir uns entscheiden – Beibehaltung der Einzelfallbetrachtung oder Tabellenverfahren - eine Beschlussfassung zur Kurtaxe und dem Fremdenverkehrsbeitrag wird erst 2024 erfolgen können und die Satzungen somit rückwirkend in Kraft treten.

Ich bin aber dankbar, dass mir im Rahmen der gestrigen Mitgliederversammlung des Gewerbevereins kommuniziert wurde, dass es nicht darum geht den FVB abzuschaffen, sondern die Notwendigkeit dafür gesehen wird.

Aufwendungen:

Beim Aufwand sind allein Unterhaltungsmaßnahmen mit über 2 Mio. Euro eingeplant.

Mit 500.000 Euro entfallen enorme Mittel auf den Wechsel zur LED-Beleuchtung im Haus des Bürgers, der Osterberghalle und in der Realschule. Hierfür haben wir auch Förderanträge gestellt und rechnen mit Zuschüssen in Höhe von 25 %. Mit dieser Umstellung reduzieren wir deutlich den Energiebedarf und damit die Folgekosten.

Bei der Straßenbeleuchtung sind wir auf dem Weg sinnvolle Ausleuchtungskonzepte zu erstellen und ebenso Energiesparmaßnahmen umzusetzen. Hierbei ist neben den hohen Bewirtschaftungskosten auch das Sicherheitsbedürfnis der Einwohner zu berücksichtigen.

Aber wenn ich das Wort Sicherheit erwähne, lassen Sie mich kritisch anmerken. Sicherheit und Kontrollpflicht wird von uns bis ins letzte Detail verlangt, was teilweise absurd ist.

In Bad Dürkheim hatten wir den Fall, dass ein E-Rollstuhlfahrer auf einem Waldweg über eine Holzbrücke gefahren und dann verunglückt ist. Als Stadt konnten wir die regelmäßige Kontrolle der Brücke nachweisen, sonst wären wir in der Haftung gewesen. Auch Spielplatzkontrollen, Brückenhauptuntersuchungen, Brandschutz,... werden eingefordert- sicherlich zurecht und ich

möchte es nicht in Abrede stellen. Das sind aber auch Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit Kommunalen Handelns mehr und mehr einengen. Ein kleines Beispiel: Wir haben Aufwendungen in Höhe von 100.000 Euro alleine für E-Checks, also eine normgerechte Prüfung von elektrischen Anlagen und Geräten in städtischen Gebäuden.

In Schulsanierungsmaßnahmen in unserer Grund- und Werkrealschule werden 200.000 Euro gesteckt- auch hierfür haben wir einen Fördergeldantrag gestellt. Zwei weitere Großprojekte sind der Umbau der „Alten Bibliothek“ für die ab 2026 verpflichtende Ganztagesbetreuung an der Grundschule mit 270.000 Euro und der Umbau und die energetische Sanierung des Gemeinschaftshauses in Öfingen mit 280.000 Euro. Für diese beiden Vorhaben ist auch mit Zuschüssen in Höhe von knapp 300.000 Euro zu rechnen.

Bei all den anstehenden Sanierungen benötigen wir eine klare Festlegung, welche Gebäude dauerhaft genutzt werden sollen. Vielleicht müssen wir uns auch von städtischen Gebäuden trennen- in jedem Fall werden wir einen strategischen Gesamtsanierungsplan und Steckbriefe für unsere Kommunalen Liegenschaften erstellen. Es gilt unsere Liegenschaften nachhaltig zu sanieren und somit die Energiekosten zu senken, als auch unseren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Klimaschutz:

Wichtige Projekte werden vorangetrieben, wie bspw. der European Energy Award, der eine Menge Themen umfasst. Derzeit wird ein energiepolitisches Arbeitsprogramm erarbeitet, das einige wichtige Maßnahmen umfasst und Ihnen im Verwaltungsausschuss am 4. Dezember vorgestellt werden wird. Wir haben in diesem Jahr zum ersten Mal beim Stadtradeln teilgenommen. Die Energiekarawane konnte weiterziehen und ist aktuell in Öfingen und Hochemmingen unterwegs. Ebenfalls laufen Planungen zum Ausbau der Elektroladeinfrastruktur für PKW.

Tiefbau:

Im Tiefbau setzen wir mit fast über 1,4 Mio. Euro für Straßen- und Wegebau, Beleuchtung oder Brücken und Feldwege ebenfalls einen enormen Betrag an.

Eine exemplarische Maßnahme ist hierbei die Sanierung der Gomstelstraße, bei der wir Sünden der Vergangenheit mit einem Aufwand von 350.000 Euro beseitigen müssen.

Aber auch für den Hochwasserschutz tun wir etwas. So setzen wir 220.000 € für die Erweiterung des Durchlasses in der Leder-gasse in Sunthausen.

Hinsichtlich der Gemeindeverbindungsstraßen geht es planungstechnisch endlich voran. Die Priorisierung durch ein Ingenieurbüro liegt uns vor und konnte vergangene Woche mit den

Ortsvorstehern durchgesprochen werden. Die Ergebnisse wollen wir in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung mit allen Ortschaften im März vorstellen. Für 2024 haben wir eine Planung von 50.000 Euro vorgesehen. 2025 und in den Folgejahren stehen dann 500.000 Euro zur Verfügung.

Einen Teil des Resultats in der Ergebnisplanung konnten wir leider – wie auch in den vergangenen Jahren – nur durch Schieben, Streichen, Strecken erreichen.

Diese 3 „S“ sind aber nur bedingt zu verwenden, denn die Vernachlässigung der Unterhaltungsaufgaben werden uns in der Zukunft noch mehr Geld kosten als heute.

Umlagen:

Die Kreis- bzw. Finanzausgleichsumlagen liegen bei über 12 Mio. Euro. Wir rechnen mit einem Kreisumlagesatz von 32,0. Ein Prozentpunkt bedeutet für uns eine Belastung von 200.000 Euro. Wir hoffen deshalb, dass keine höhere Kreisumlage beschlossen wird. Insgesamt liegen die Umlagen 1,3 Mio. Euro über den Zahlen aus 2023.

Personal:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt - in allen Bereichen - leisten Großartiges. Egal ob in den Kindergärten, Schulen, der Feuerwehr, dem Bauhof, dem Wasserwerk, beim Abwasserzweckverband oder in der Kernverwaltung. Ich sage es seit Beginn meiner Amtszeit. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind der „Motor einer Stadt“. Wenn dort nicht motiviert, effizient und qualifiziert gearbeitet wird, können wir im Gemeinderat politisch lenken wie wir wollen. Wir kommen nicht voran.

Wir werden kommenden Jahr deutlich höhere Personalkosten haben. Mit fast 12,7 Mio. € schlägt dieser Bereich im Haushalt zu Buche und liegt damit knapp 1,3 Mio. Euro über den Vorjahresansätzen. Der Löwenanteil davon sind tarifliche Erhöhungen, die im vergangenen Jahr zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erzielt werden.

Bei den Personalkosten wirken sich die letztes Jahr beschlossenen Pakete im KiTa-Bereich aus, die wir jetzt ganzjährig veranschlagt haben; ebenso natürlich der Personalzuwachs durch den Neubau des Kindergartens Stadtkäfer II.

Um unsere Mitarbeiter an uns zu binden, ist es auch wichtig Job-Benefits voranzutreiben. Wir bieten mittlerweile jedem Mit-

arbeiter die 3-Welten-Job-Card. Wir möchten ab 2024 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch kostenfreies Mineralwasser vom Bad Dürrheimer Mineralbrunnen und Programme wie Hanse-Fit anbieten. Außerdem möchten wir bei einem E-Learning Angebot einsteigen. Das ermöglicht, die Mitarbeiter noch besser zu schulen, ohne das ständig Dienstreisen und somit weitere Kosten anfallen.

Für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz- mit normalerweise 8 Stunden letztendlich 1/3 eines ganzen Tages- ist aber die Arbeitsplatzsituation von großer Bedeutung. Hier wurde viel digitalisiert, höhenverstellbare Schreibtische besorgt und einiges mehr.

Ganz wichtig wird der Neu- bzw. Anbau des Rathauses für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Unsere Mitarbeiter sind teilweise in Räumen untergebracht, die nach heutigen Standards ungeeignet sind. Der provisorische Anbau ist energetisch eine Katastrophe, von der Substanz nicht mehr zu erhalten und wir sind dankbar, dass der Gemeinderat im Juli letzten Jahres beschlossen hat, dass die Sanierung nicht weiterverfolgt wird und die Verwaltung nun mögliche Alternativen zur Entscheidungsreife bringen und dem Gemeinderat vorlegen soll. Wir planen neue Unterbringungsmöglichkeiten in denen auch alternative Arbeitsformen umsetzbar sind, die genügend Räume für

Besprechungen und vor allem auch endlich einen passenden Sitzungssaal vorsehen. Die zu setzenden rund 9 Millionen € - alleine für den Anbau – werden ein Kraftakt, jedoch eine zukunftsweisende Investition, die schon viel zu lange vor sich hergeschoben wurde. Wir werden die Öffentlichkeit am 7. Dezember über das geplante Raumkonzept informieren. Im Hinblick auf die Investitions- und laufenden Kosten ist mir bewusst, dass wir dabei auch flexible Arbeitsplätze, neudeutsch Desk-Sharing, berücksichtigen müssen.

Stadtentwicklung:

Ein weiterer Schwerpunkt beim Aufwand liegt in den Kosten für die Planung der Stadtentwicklung der Kernstadt und der Weiterentwicklung der Stadtteile, sei es für Bebauungsplanungen oder ELR-Förderungen. Für Bauleitplanung, Verkehrsplanung und Sanierungsberatung sind 250.000 Euro vorgesehen. Teilweise gibt es hier eine Kostenübernahme seitens der Investoren.

Wichtig ist, dass wir mit den Planungen der Investorengruppe B.E.S.T. und den „Perspektiven im Herzen von Bad Dürkheim“ weiterkommen und auch bei der Entwicklung der Fläche des ehemaligen Parasolgeländes eine gute Umsetzung realisiert werden kann.

Flüchtlinge:

Bad Dürkheim zeigt sich solidarisch und übernimmt Verantwortung. Die Situation ist aber auch eine enorme Belastung für meine Mitarbeiter, nicht nur im Bereich Soziales. Das Gesamtdefizit - allein in unserem Haushalt - schlägt für Unterkunft und Personal mit rund 400.000 € auf.

KuBä:

Auch für die an die Kur- und Bäder GmbH übertragenen DAWI-Leistungen sowie die Leistungen von lokaler Bedeutung, die die KuBä jeweils im Auftrag der Stadt zugunsten der Allgemeinheit erbringt, ist 2024 wieder ein Zuschuss in Höhe von 2,96 Mio. Euro zur Finanzierung ungedeckter Kosten vorgesehen.

Finanzplan:

Die Gesamtsituation der Stadt bleibt im gesamten Finanzplanungszeitraum weiterhin mehr als angespannt.

Zielsetzung in der Beratung des Haushalts muss für uns sein, im Erfolgsplan primär den Aufwand weiter zu reduzieren oder die Erträge zu steigern, damit die Unterdeckung langfristig und anhaltend vermindert werden kann. Dies gilt aber auch für den

investiven Bereich, dessen Folgelasten bei jeder Entscheidung mehr denn je zu berücksichtigen sind.

Der Gesamtfinanzhaushalt sieht 2024 Investitionen von ca. 11,25 Mio. € vor. Diese Mittel fließen nicht nur an die KuBä (2,9 Millionen), sondern in die Erweiterung der Ostbaarschule mit 250.000 Euro, oder den Neubau des Kindergartens Stadtkäfer II für den wir in diesem Jahr mit 3,5 Millionen € veranschlagt haben.

Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren deutlich gemacht, welchen Stellenwert Familie und die Bildungslandschaft für uns haben. Die beschlossene Bibliothek in ihren neuen Räumlichkeiten wird einen großen Mehrwert bringen, uns aber jedes Jahr 80.000 € kosten.

Und dennoch: jeder Euro, den wir zusätzlich in gute Bildung und Betreuung investieren, ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und somit unseres Gemeinwesens.

Bei Diskussionen zu Gebühren müssen wir aber auch immer wieder deutlich machen, dass unsere Kindergartenplätze von der Stadt extrem subventioniert sind.

Gerade einmal 9 % der Kosten werden 2024 von den Gebühren gedeckt - dies müssen wir auch im Hinblick auf weitere Forde-

rungen immer wieder deutlich machen. Wir rechnen im Haushaltsjahr 2024 mit einem Defizit im Kindergartenbereich von 4,3 Mio. Euro.

Auf unserer Gemarkung haben wir drei Schulstandorte, für die jeweils ein enormer Bedarf an Räumlichkeiten besteht - auch um den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027 sicherzustellen. Wenngleich die Frage gestattet sein darf, wie das Personal gewonnen wird.

Neben dem Bau an der Ostbaarschule geht es nun um die Frage, in welcher Art und Größe eine Erweiterung der Realschule ansteht und wie wir mit der Werkrealschule umgehen.

Aber unabhängig von anstehenden Investitionen im Schulbereich belasten uns die laufenden Kosten mit einem Defizit von 1 Millionen € für alle drei Schulen (Personal, Gebäude und Lernmaterialien).

Und auch im Bereich Jugend ist nicht nur aufgrund der Jugendbeteiligung viel geboten. Das Jugendhaus mit seinen Programmen lassen wir uns jährlich über 300.000 Euro kosten.

Grunderwerb, Breitband Beschaffungen Bauhof:

Aber auch sonst investieren wir wieder in vielen Bereichen. Ich nenne nur die Mittel für den Grunderwerb von 600.000 Euro oder rund 350.000 Euro für Beschaffungen im Bauhof sowie den Zuschuss für den Breitbandausbau von 300.000 Euro.

IT-Ausstattung:

Die IT-Ausstattung in der Verwaltung muss 2024 serverseitig ausgetauscht werden. Im Bereich Digitalisierung brauchen wir neben der Hardware bspw. ein digitales Dokumentenmanagement. Mit der Digitalisierung steht und fällt die Zukunft einer modernen, schnellen und flexiblen Verwaltung. Darüber hinaus müssen wir Vorgaben wie etwa e-Rechnung oder elektronische Steuerakte zeitnah umsetzen. Im Bereich Digitalisierung steigen wir zum Jahresanfang ins Projekt der E-Akte ein. Das Thema an sich wird die gesamte Verwaltung betreffen und fordern. Dennoch rechnen wir mittelfristig mit Erleichterungen und Beschleunigungen in den Prozessabläufen.

Der Ergebnishaushalt im Jahr 2024 kann im Prinzip keine Mittel für die Finanzierung der Investitionen erbringen. Die Einnahmen aus Beiträgen, Zuschüssen oder ähnlichen Leistungen

bringen auch nur knapp 2 Millionen Euro, sodass wir eine Kreditermächtigung von 9,5 Mio. Euro in den Haushalt aufnehmen müssen.

Die Finanzplanung sieht bis 2027 weitere hohe Investitionsauszahlungen von fast 36 Mio. Euro, zwischen 10 und 15 Millionen € jährlich vor. Bei allen größeren Investitionen muss klar sein, dass diese nur mit einer finanziellen Förderung möglich sind.

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität sind bei voller Umsetzung weitere Darlehensaufnahmen in den Jahren 2025 – 2027 in Höhe von summarisch 16 Mio. € geplant.

Als Gremienmitglieder werden wir deshalb in den Beratungen versuchen müssen, das Ergebnis zu verbessern. Weitere Wünsche können nur mit einem Gegenfinanzierungsvorschlag beraten werden.

Die größte Herausforderung ist, dass wir die Kosten für das Solemar hier noch nicht einmal berücksichtigt haben. Der frühzeitig für das Solemar bekannt gegebene Sanierungsaufwand ab 2027/2028 muss beziffert werden, um dann hierfür konkrete Maßnahmen treffen zu können. Es ist aber Fakt, dass Bad Dürrhein ohne das Solemar nicht vorstellbar ist. Die hiermit verbundene Belastung für die Kur- und Bäder GmbH und die

Stadt wird enorm sein. Diese ist jedoch unstrittig, da sonst die Existenz vieler Betriebe gefährdet wäre.

Es müssen alle finanziellen und politischen Quellen angezapft werden, um die Stadt nicht auf Dauer zu lähmen.

Eigenbetrieb Wasserwerk:

Die Energie- und Rohstoffpreise belasten uns nach wie vor. Außerdem sind erste Kosten aus dem Neubau des Wasserwerks zu berücksichtigen.

Die Gebühren wurden daher neu kalkuliert und eine Erhöhung auf 2,10 €/m³ wird vorgeschlagen. Das ist eine Erhöhung um 35 Cent und bedeutet für einen 4-Familien-Haushalt eine durchschnittliche Mehrbelastung in Höhe von 4,70 Euro pro Monat. Jedoch zum Vergleich: der durchschnittliche Wasserpreis in Baden-Württemberg liegt bei 2,44 Euro (also 34 Cent höher) mit deutlich steigender Tendenz.

Die Ansätze des Erfolgsplans 2024 bewegen sich mit Ausnahme der direkten und indirekten Personalkosten sowie der Energieaufwendungen auf dem Niveau des Vorjahres; es wurden lediglich geringe Preissteigerungsraten einkalkuliert.

Die Einnahmeseite ist geprägt von einer optimistischen Steigerung der Verkaufszahlen. Nachdem das neue Wasserwerk im 2.Halbjahr mit dem Probetrieb beginnen wird

sind erste Kostenerstattungen aus Brigachtal in Höhe von 60.000 Euro eingeplant. Bei sonst gleichbleibendem Verlauf ergibt sich ein Erlösvolumen von rd. 2,18 Mio. Euro. Beim Aufwand ist als größter Kostenblock der Energiebereich zu nennen. Durch die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters im Laufe des Jahres 2024 sowie der Neuorganisation im Bereich der Eigenbetriebe wurden die Personalkosten entsprechend angepasst. Das Personal ist damit wieder auf einem guten Stand, um den Aufgaben gerecht zu werden.

Deutlich erhöht ist der Aufwand für die Betriebsstoffe CO² und Chlor, die für die neue Anlage anfallen. Spürbare Erhöhungen ergeben sich auch bei den Abschreibungen. Die Zinsausgaben liegen durch den laufenden Neubau des Wasserwerks und dem hiermit verbundenen Kapitalbedarf knapp 12.000 Euro über dem Vorjahresansatz.

Im Ergebnis wird ein Verlust von rund 15.000 Euro erzielt.

Im Liquiditätsplan sind als Investitionen die Fortführung des Neubaus eines Wasserwerks mit 2 Mio. Euro als dominierende Maßnahme aufgeführt. Parallel hierzu ist der Austausch der Pumpen und die Sanierung des Pumpwerks im Entenfang mit

600.000 Euro im Plan. Außerdem sollen die Schneckentalquellen erneuert werden und weitere Chlordosierungsanlagen eingebaut werden.

Zusammen mit weiteren kleineren Maßnahmen und den Tilgungsleistungen ergibt sich ein Volumen von rd. 4,8 Mio. Euro, das 450.000 Euro über dem Vorjahresvolumen liegt.

Dieser Finanzbedarf wird durch Landes- und Ertragszuschüsse sowie Kostenersätzen (Brigachtal 550.000 Euro) finanziert. Zur Erhaltung der Liquidität wird aber 2024 ein Darlehen in Höhe von 2,4 Mio. Euro benötigt.

Abwasser:

Im Erfolgsplan der Abwasserbeseitigung 2024 gibt es leichte Veränderungen, da durch fehlende Personalkapazitäten bei Dienstleistern der Planansatz für Kanalsanierungen auf 100.000 Euro begrenzt werden muss. Der Umlageaufwand an die Zweckverbände ist summarisch um 45.000 Euro gefallen, insbesondere aus dem Bereich des AZV Kötachtal.

Durch einen leicht gestiegenen Zinsaufwand beträgt das Volumen rund 2,9 Mio. Euro. Der Gewinn beträgt rund 100.0000 Euro.

Die Gebühr wurde für die Jahre 2024 und 2025 neu kalkuliert und mit 1,88 Euro /m³ in den Planzahlen berücksichtigt. Die Einnahmeseite ist ansonsten konstant. Die Erhöhung bedeutet hier für einen 4-Personenhaushalt 3,70 Euro pro Monat.

Im Vermögensplan ist als größte Investition der Bau des Retentionsbodenfilters mit einer Rate in Höhe von 600.000 Euro aufgenommen. Der Austausch einer der Pumpen am Adlerplatz schlägt mit 100.000 Euro zu Buche.

Summarisch ergibt sich, einschließlich der Tilgungen und kleineren Investitionen ein Volumen von rd. 1,6 Mio Euro.

Dieser Finanzbedarf wird durch die Abschreibungen und Ertragszuschüsse sowie Kostenersätze finanziert. Zum Ausgleich des Vermögensplans wird 2024 ein Darlehen in Höhe von 1,25 Mio. Euro benötigt.

Detaillierte Ausführungen zu beiden Eigenbetrieben wird Herr Berninger bei der Beratung im Verwaltungsausschuss am kommenden Montag geben.

Abschluss:

Nach wie vor gilt, dass sich das Wünschenswerte dem Machbaren unterordnen muss! Der Druck, unangenehme Beschlüsse zu treffen, wächst zusehends.

Wir werden den Gürtel enger schnallen und Abstriche machen müssen. Aber wo?

Ich möchte aber auch nochmal hinweisen, wie dieser Tage viele Bürgermeisterkolleg/innen:

Die wachsende Zahl an Aufgaben bindet finanzielle und personelle Ressourcen. Durch übergeordnete Gesetze wird die Verwaltung der Verwaltung immer mehr gelähmt. Zugleich gibt es die Erwartungshaltung an uns als Stadt - alles und zwar in höchster Qualität vorhalten zu müssen, wodurch die Aufstellung des Haushalts immer schwieriger wird.

Zusätzlich sind wir bereits heute überbürokratisiert – und wenn nicht alles sauber dokumentiert ist, dann rügt uns das Gericht wie jetzt iS Fremdenverkehrsbeitrag. Volkswirtschaftlich eine Katastrophe!

Bei den Beratungen können Sie sich auf die Expertise meiner Mitarbeiter verlassen, wenn es Fragen oder Diskussionsbedarf gibt. In Fragen zum Haushalt dürfen Sie sich jederzeit an

unseren Stadtkämmerer Thomas Berninger oder seinen Stellvertreter Mario Grieshaber wenden, denen ich stellvertretend für allen Beteiligten bei der Erstellung des Haushalts von Herzen danke sage. Gemeinsam mit Sven-Eric Teuber und unserem neuen Kämmerer, Stefan Milles, haben diese beiden in den vergangenen Tagen sehr kurze Nächte gehabt und vermutlich auch das Arbeitszeitgesetz gebrochen, damit dieser Haushalt eingebracht werden kann.

Der weitere Ablauf sieht wie folgt aus:

Montag, 20.11. – Beratung VA:

Tiefbaumaßnahmen, Eigenbetriebe

Donnerstag, 23.11. – Beratung VA:

Hochbaumaßnahmen, ggf. Personal, Ortschaften

Montag, 04.12. – Beratung V:

– finale Fragen

Dienstag, 19.12. – Frist Einreichung Anträge GR

(ab 20.11. = 30 Tage)

18.01. – Beratung und Beschlussfassung Anträge GR

25.01. – Satzungsbeschluss + Antrag Ausgleichsstock

Der Gemeinderat verweist den Haushaltsentwurf 2024 zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss / Betriebsausschuss der Eigenbetriebe, um nächsten Montag in die Beratungen einsteigen zu können.

Ich freue mich auf rege Diskussionen zum Wohle unserer Stadt!

Lassen Sie mich abschließend auf den Beginn der Haushaltsrede eingehen. Wir haben viele nicht hervorsehbare Herausforderungen gehabt- und dennoch haben wir sie gemeinsam gut gemeistert. Und ich bin zuversichtlich, dass uns das auch mit den anstehenden Herausforderungen gelingen wird.

Lassen Sie uns mit Zuversicht die Themen angehen.

Und gerne zitiere ich unseren Bundespräsidenten:

„Die Zukunft ist kein Schicksal.

Machen wir etwas draus.

Bestmöglich gemeinsam.“

Es kommt auf jeden Einzelnen von uns an!